

Die Affäre von Zabern 1913 aus badischer Sicht

Klaus P. Oesterle

In der kleinen Stadt Zabern, französisch Saverne, im Elsaß mit ihren rund 9000 Einwohnern lagen vor dem ersten Weltkrieg zwei Bataillone des Infanterieregiments Nr. 99 der reichsdeutsch-preußischen Armee. Zahlreiche Zaberner Einwohner lebten von dem hier stationierten Militär; dementsprechend deutschfreundlich war auch die öffentliche Meinung am Ort. Zabern war der einzige Wahlkreis des Reichslandes Elsaß-Lothringen, von dem ein Vertreter einer reichsdeutschen Partei in den Berliner Reichstag entsandt wurde. Im übrigen wählte das Volk in den ehemals französischen Gebieten, die vom neu gegründeten Deutschen Kaiserreich 1871 annektiert wurden, durchweg eigene Parteien, die der Unzufriedenheit mit der staatsrechtlichen Situation des Landes Ausdruck gaben. Wirtschaftlich ging es der Region nicht schlecht, sie nahm an der Konjunktur der »Gründerzeit« teil. Viele Bauten aus der damaligen Zeit zeigen das heute noch, besonders in Straßburg.

Ausgerechnet in Zabern kam es im Oktober 1913 zu einem heftigen Konflikt zwischen der bewaffneten Macht und der örtlichen Zivilbevölkerung, der hohe Wellen schlug, weit über das Elsaß hinaus. Dieses kleinstädtische »Zaberner Ereignis« erwies sich dann später im Rückblick als Vorzeichen für die im Jahr darauf hereinbrechende Katastrophe des ersten Weltkriegs. Es zeigte den verhängnisvollen Vorrang des Militärs vor den zivilen Staatsbürgern in der Verfassungswirklichkeit

des wilhelminischen Reiches. Schließlich war es dann 1914 die Eigengesetzlichkeit der militärischen Planungen auf der höchsten Ebene aller Länder, die zur raschen Kettenreaktion von Kriegserklärungen entscheidend beigetragen hat.

Aus badischer Sicht sind die Vorgänge in Zabern und im Elsaß nicht nur wegen der räumlichen Nähe beim Blick über den Oberrhein von besonderem Interesse, sondern auch deshalb, weil markante Figuren aus Baden dabei besondere Rollen gespielt haben. Dabei handelt es sich zunächst um den kommandierenden General in Straßburg Berthold von Deimling und um den Reichstagsabgeordneten Konstantin Fehrenbach aus Freiburg von der Zentrumsparterie, den späteren Reichskanzler. Dazu kommt noch eine markante Stellungnahme des seinerzeit hochberühmten badischen Volksschriftstellers Heinrich Hansjakob, dem die beiden anderen Herren persönlich bekannt waren.

Deimling war 1853 in Karlsruhe geboren als ältester Sohn eines Militärrichters (Garnisonsauditor); die Familie wohnte in der Amalienstraße 27 unmittelbar bei der Infanteriekaserne. Der Vater kam als Jurist alsbald ins Kinzigtal und dann als Kreisgerichtsrat nach Freiburg, wo der Sohn als Klassenkamerad von Konstantin Fehrenbach das Gymnasium besuchte. Die beiden waren die leistungstärksten Schüler ihrer Klasse. Der junge Deimling wurde von der Schulbank weg Berufssoldat, stieg auf bis in den Generalstab, tat

sich im Krieg gegen die Hereros in Südwestafrika hervor und wurde 1905 vom Kaiser in den erblichen Adelsstand erhoben.

Am 28. Oktober 1913 hielt der Leutnant Günter Freiherr von Forstner eine Instruktionsstunde für Rekruten seines Bataillons in Zabern. Forstner war zwanzig Jahre jung, also nach damaligem Recht noch nicht volljährig. Er wurde ein Jahr später am Anfang des Krieges tödlich verwundet. Forstner forderte seine Untergebenen in Zabern dazu auf, von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn sie beim Ausgang in der Stadt in Streit mit Zivilisten gerieten. »Wenn ihr dabei einen solchen Wackes über den Haufen stecht, schadet das auch nichts«, soll er gesagt haben und setzte für ein solches Vorgehen noch eine Prämie von zehn Goldmark aus, die dann der Unteroffizier Höflich um weitere drei Mark erhöhte. Der Ausdruck »Wackes«, wohl von lateinisch »vagus«, bezeichnete einen Landstreicher, Strolch, Schlingel. Die Vokabel war im alemannischen Sprachraum, aber auch in Lothringen und der Pfalz verbreitet. Ihr Gebrauch galt seinerzeit im Unterschied zu heute allgemein als Beleidigung und war den Soldaten in Zabern durch Regimentsbefehl »strengstens« verboten. Forstner soll Rekruten dazu gezwungen haben, sich dienstlich mit den Worten zu melden: »Ich bin ein Wackes«.

Von betroffenen Soldaten wurde die lokale Presse über die Vorgänge in der Kaserne informiert. Berichte darüber erschienen zunächst im »Zaberner Anzeiger« und im »Elsässer«, der der Zentrumsparterie nahe stand. Die Zentrumsparterie war es ja auch, deren Reichstagsfraktion Abgeordnete aus dem Elsaß regelmäßig als Hospitanten aufnahm. Über den Vorfall wurde alsbald auch in größeren Zeitungen berichtet, zumal in Straßburg. Es erhob sich die Forderung, Forstner und Höflich an einen anderen Dienstort zu versetzen, aber das

wurde von der Militärführung abgelehnt, obwohl der Konflikt dadurch ganz leicht hätte abgetan und vergessen werden können als die lokale Posse, die er ursprünglich war.

Das Militär fürchtete sich davor, Schwäche zu zeigen, und verpasste dabei die Gelegenheit, durch Schaffung von Ordnung im eigenen Hause Stärke zu beweisen. Die neuen Forschungsergebnisse von Kirsten Zirkel zum Thema haben gezeigt, dass für das Verhalten der Offiziere vor Ort der Kommandierende General in Straßburg Berthold von Deimling die Hauptverantwortung trug. Er betonte stets den Vorrang des Militärs gegenüber dem zivilen kaiserlichen Statthalter Grafen von Wedel und fand dafür volle Rückendeckung bei Kaiser Wilhelm II.

In der Hauptstadt Straßburg pflegte General Deimling seine Truppen mit häufigen Parademärschen lautstark auftreten zu lassen, möglichst auf zentralen Plätzen mitten in der Geschäftszeit. Durch die aufdringliche Präsenz des Militärs sah sich Elsaß-Lothringen noch Jahrzehnte nach dem 70er Krieg als besetzte fremde Provinz behandelt und nicht als gleichberechtigter Teil des deutschen Reiches. Alle anderen Gebietsteile des Reiches waren entweder selbständige Gliedstaaten oder Provinzen des Königreichs Preußen. Allein das »Reichsland« Elsaß-Lothringen war unmittelbar dem Kaiser als Träger der Staatsgewalt unterstellt. Ein Landtag wurde erstmals 1911 gebildet und dann 1919 durch den französischen Zentralstaat beseitigt.

In Zabern 1913 war der forsche Leutnant Forstner aufgrund der lokalen Presseberichte der Kritik und dem Spott der Zivilbevölkerung ausgesetzt. Er ließ sich deshalb beim Ausgang im Städtchen jeweils von einer bewaffneten Streife begleiten. Am 15. November 1913 meldete der »Elsässer«, dass Forstner sich in vulgär herabsetzender Weise über die fran-

zösische Flagge geäußert hatte. Trotz der Empörung darüber in zivilen Kreisen und auch in Frankreich wurde der junge Offizier nicht an einen anderen Ort versetzt; von einem sechstägigen Stubenarrest, den er absitzen musste, erfuhr die Öffentlichkeit nichts. Nur keine Fehler nach außen zugeben und keine Schwäche zeigen! Das Bild des deutschen Offiziers vertrug keinen Kratzer. Dagegen wurden die elsässischen und lothringischen Rekruten aus der Garnison Zabern wegversetzt. Wenig später verlegte man sogar das ganze Regiment in eine andere Gegend, um der Bevölkerung Einnahmen zu entziehen und sie dadurch einzuschüchtern.

Die drei jungen Soldaten, welche die lokale Zeitung über den Kasernenskandal informiert hatten, wurden verhaftet. Im Gebäude des »Zaberner Anzeigers« wurde eine militärische Haussuchung durchgeführt. Diese Maßnahmen stellten einen illegalen Eingriff des Militärs in die zivile Verwaltung dar, was dem Kommandierenden General aus unserem schönen Baden, wie sein eigener dienstlicher Bericht zeigt, voll bewusst war.

Der Regimentskommandeur Oberst Reuter forderte, angewiesen von seinem Vorgesetzten Deimling, die Verhängung des Belagerungszustandes in Zabern, um die Verspottung von Offizieren zu verhindern. Das lehnte der zivile Kreisdirektor Mahl unter Berufung auf die Reichsverfassung ab. Dennoch ließ der Oberst am 28. November 1913 drei Züge mit scharfer Munition unter Trommelwirbel ausrücken und rund dreißig Personen auf der Hauptstraße willkürlich verhaften, darunter sogar einen Richter des Landgerichts. Einen körperbehinderten Schustergesellen, der sich der Festnahme widersetzte, schlug der Leutnant von Forstner mit dem flachen Säbel. Die verhafteten Bürger wurden über Nacht im Keller der Kaserne eingesperrt und am ande-

ren Morgen dem Amtsrichter vorgeführt, der ihre Entlassung anordnete.

Zufällig war am Abend des 28.11. der für Zabern zuständige Kreisdirektor Mahl mit dem Unterstaatssekretär Mandel und dem General Deimling in Straßburg zum Abendessen verabredet. Mandel wurde ans Telefon gerufen und von den Vorgängen in Zabern unterrichtet. Er bat Deimling, sich mit seinem Untergebenen Oberst Reuter in Verbindung zu setzen und die Freilassung der verhafteten Zaberner Einwohner zu befehlen. Deimling weigerte sich, obwohl er genau wusste, dass das Verhalten des Militärs in Zabern gesetzwidrig war. Aber der Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit spielte bei ihm keine Rolle, wenn es um den Vorrang des Militärs vor den zivilen staatlichen Instanzen ging. In seiner Haltung sah er sich unterstützt von einem Teil der Presse und Öffentlichkeit und vor allem von Kaiser Wilhelm selbst.

Der Kronprinz Wilhelm, als Kommandeur eines Husarenregiments in Ostpreußen stationiert, unterstützte das rechtswidrige Vorgehen der Militärs im Elsaß auf seine Art durch Telegramme an Deimling und Reuter, in denen es hieß »Bravo!« und »Immer feste druff.« Er äußerte sich über die »Unverschämtheit des Zaberner Plebs« und forderte, ein Exempel zu statuieren, »um den Herren Eingeborenen die Lust an derartigen Vorfällen zu versalzen«. Diese Formulierungen wurden bekannt und heizten die Stimmung an. In Zabern und Straßburg wurden Postbeamte strafversetzt, denen man eine Indiskretion zutraute.

Wilhelm II. ging das Verhalten des Sohnes dann doch zu weit; er beorderte den Prinzen zurück nach Berlin, um ihn besser unter Kontrolle zu haben. Der Kronprinz hat sich in seinen »Erinnerungen« darüber bitter beklagt, seine Telegramme aber bestätigt. Nur der

Wortlaut sei anders gewesen: Er habe »dem Oberst von Reuter als Kamerad dem Kameraden telegraphiert, er möge ja nur scharf durchgreifen, da das Ansehen der Armee auf dem Spiele stehe«.

Der Kaiser weilte in jenen Tagen zur Jagd beim Fürsten von Fürstenberg in Donauschingen. Am 30.11.1913 bat der Statthalter und Chef der Zivilverwaltung von Elsaß-Lothringen Karl Graf von Wedel um eine Audienz, um die Vorgänge in seinem Zuständigkeitsbereich zu erörtern. Wilhelm lehnte das ab mit dem Hinweis, er wolle sich zuerst vom Militärkommando berichten lassen; der Statthalter könne sich ja schriftlich äußern. Der deutsche Kaiser war tief durchdrungen von der absolutistischen Idee seiner militärischen Kommandogewalt, die über der zivilen Reichsverfassung stand.

Noch im April 1914 erließ Wilhelm II. ohne Beteiligung der Regierung oder gar des Reichstags einen Armeebefehl über den »Waffengebrauch des Militärs und seine Mitwirkung zur Unterdrückung innerer Unruhen«. Zwar wollte man damit ein rein willkürliches Vorgehen des Militärs wie in Zabern verhindern. Ein solcher Erlass ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Instanzen war jedoch keineswegs im Sinne der geltenden Reichsverfassung. Er beruhte auf der Vorstellung von einer eigenständigen militärischen Kommandogewalt des preußischen Königs, wie sie schon im Verfassungskonflikt von 1862 von der Krone vertreten wurde.

Im Streit mit dem Parlament um den Militäretat stand damals bekanntlich der König unmittelbar vor der Abdankung. Er wurde davon abgehalten durch den Kriegsminister Roon, der ihm Bismarck als neuen Kanzler empfahl. Dieser erklärte sich bereit, ohne vom Landtag bewilligtes Budget zu regieren und stellte die Theorie von einer »Lücke« in der Verfas-

sung auf. In seiner Rede vor der Budgetkommission war auch die bekannte Formulierung enthalten: »Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Blut und Eisen.« Auf der einen Seite des Konflikts stand die ererbte Legitimität des Fürsten und militärischen Anführers auf der anderen Seite die Souveränität des Volkes und seiner gewählten Vertretung.

Am 4. Dezember 1913 kam es zu einer Debatte im Reichstag über den Fall Zabern. Kanzler von Bethmann-Hollweg erwies sich darin als extrem abhängig vom Kaiser, dem er ja seine Ernennung zu verdanken hatte und der ihn entlassen konnte. Der Kanzler machte sich die falsche Version des Generals von Deimling zu eigen, wonach die zivilen Sicherheitsorgane im Elsaß versagt hätten und das Eingreifen des Militärs dadurch notwendig geworden sei.

Für die Fraktion des Zentrums trat der Abgeordnete Konstantin Fehrenbach an das Rednerpult. Unter dem Eindruck der Ausführungen des Kanzlers verzichtete er auf sein Manuskript, das im Nachlass erhalten ist, und griff die Regierung in freier Rede scharf an. Er betonte, dass auch das Militär dem Recht und dem Gesetz untergeordnet sein müsse, andernfalls drohe Deutschland der Untergang. Dieser Auftritt machte den badischen Abgeordneten schlagartig bekannt; er war dann später in den Anfängen der Weimarer Republik kurze Zeit deutscher Reichskanzler (25.6.1920 bis 4.5.1921).

Die Debatte am 4. Dezember 1913 endete mit einem Missbilligungsvotum des Reichstags gegen den Reichskanzler, das erste seiner Art im Kaiserreich, aber folgenlos, weil der Kanzler nur vom Vertrauen des Kaisers abhing.

Fehrenbach musste bei seiner Rede einen besonderen Spagat vollführen, weil er mit

dem General Deimling persönlich eng befreundet war, was viele Leute wussten. Beide waren, wie oben erwähnt, in Freiburg gemeinsam zur Schule gegangen. Fehrenbach ließ den alten Klassenkameraden nicht im Stich und betonte dessen hohe Intelligenz, seine bürgerfreundliche Gesinnung und Lebenswürdigkeit im persönlichen Umgang. Der General ging denn auch völlig unbeschädigt aus der ganzen Affäre hervor. Von der nationalistischen Presse wurde er gelobt. Dagegen identifizierte der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts Rudolf von Valentini General Deimling früh als den Drahtzieher der Zaberner Affäre.

Denselben Eindruck muss der alte Heinrich Hansjakob (1837–1916) gehabt haben. Er sandte Fehrenbach nach dessen Reichstagsrede eine Postkarte mit dem Bild seines neu erbauten Alterssitzes »Freihof« in Haslach, den er am 22.10.1913 bezogen hatte.

Hansjakob, der Fehrenbach und Deimling wohl aus Freiburg kannte, schrieb an den Reichstagsabgeordneten:

»So hab ich mir Freund Konstantin den Großen und das Zentrum längst gewünscht. Sie haben durch Ihre Rede den Vogel abgeschossen. Lassen Sie ihn nimmer fliegen und sich nicht von Ihrem Freund Deimling einfangen. Sta verbo! Dann werden Sie ein echter Volksmann werden und bleiben. Senden Sie mir Ihre Rede nach dem Stenogramm. Mit bestem Gruß Hansjakob«

Der Pfarrer und Schriftsteller hatte 1849 als zwölfjähriger Junge im Kinzigtal die Niederschlagung der badischen Revolution durch preußische Truppen erlebt. Er trug zeit seines Lebens den Heckerhut und blieb nach eigener Aussage ein »Freiheitsmann mit Leib und Seele«.

Am 5. Dezember 1913 berief der Kaiser unter dem Eindruck des öffentlichen Echos der Zaberner-Affäre doch noch eine Konferenz

nach Donaueschingen ein. Dabei war natürlich aus Straßburg wieder Deimling zugegen. Aus Berlin war der Reichskanzler angereist, und jetzt durfte endlich auch der Statthalter von Wedel seine Sicht der Dinge persönlich darlegen. Bei dem Treffen, das nur eine Dreiviertelstunde dauerte, schrie Wedel Deimling und den Kaiser so laut an, dass man es draußen im Schlosspark hören konnte. Aber er wurde vom Kanzler, der eigentlich angereist war, um die zivile Seite zu vertreten, im Stich gelassen. Herr von Wedel nahm bald darauf seinen Abschied. Sein Nachfolger Graf Roedern hatte sich danach ebenfalls über das aggressive Verhalten des Militärs unter General von Deimling gegenüber der Zivilbevölkerung zu beklagen.

Der Fall Zabern ist bezeichnend für den Widerstreit zwischen Monarchie und Volkssouveränität innerhalb des Gefüges der Reichsverfassung. Zwar war für kaiserlichen Regierungsakte prinzipiell die Gegenzeichnung durch einen Minister vorgesehen, der seinerseits auch dem Reichstag verantwortlich war. Praktisch blieben aber Hoheitsakte der monarchischen Kommandogewalt von der ministeriellen Gegenzeichnung freigestellt. Der Kaiser verfügte im militärischen Bereich mit dem Militärkabinett und dem Marinekabinett über eine separate Verwaltung. Das Militär, aus dessen Sieg über Frankreich das Reich 1871 hervorgegangen war, bildete nicht nur einen Staat im Staate wie die Reichswehr in der Weimarer Republik, sondern verstand sich als die wichtigste staatstragende Institution überhaupt. Dagegen waren Kanzler und Reichstag machtlos.

Vor der Aufgabe, hier innenpolitisch einen Ausgleich herbeizuführen, hat Wilhelm II. versagt, obwohl nach der Konstruktion der Reichsverfassung gerade dies seine Aufgabe gewesen wäre. Auch während des Krieges

1914/18 hat er es nachher nicht geschafft, eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der politischen und militärischen Führung des Reiches herzustellen. Im Rahmen der militärischen Kommandogewalt selbst zeigte er sich zudem abhängig von der Obersten Heeresleitung, die sich dann am Ende ihrer Verantwortung für die Niederlage entzogen hat.

General von Deimling erwies sich im 1. Weltkrieg mehr denn je als furchtbarer Militär. Er warf seine Truppen bedenkenlos in die Materialschlachten in Belgien und Frankreich, handelte mehrfach voreilig und eigenmächtig in dem Bestreben, als großer Sieger zu glänzen. Dies wurde selbst der obersten Heeresleitung unter Falkenhayn, dem Initiator des Unternehmens »Blutpumpe« bei Verdun, allmählich zu viel. Ende 1916 wurde Deimling von seinem Frontkommando abgelöst.

Nach dem militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1918 machte der ehemalige Oberbefehlshaber im »Reichsland« und Hauptverantwortliche der Zaberner Affäre eine unerwartete Wandlung durch. Als Pensionär in Baden-Baden wohnend, wurde er ein führender Vorkämpfer der Friedensbewegung. Als Redner füllte er viele Säle in ganz Deutschland. Er gehört zu den Gründern des »Reichsbanners Schwarz – Rot – Gold«. Den Nationalsozialisten hat er sich bis zu seinem Tod mit neunzig Jahren konsequent verweigert. Aber seine verhängnisvolle und schädliche Rolle im Elsaß 1913 hat er nie zugegeben.

- Kronprinz Wilhelm Erinnerungen.
Herausgeber Karl Rosner, J. G. Cotta, Stuttgart und Berlin 1922.
- Wehler, Hans Ulrich Der Fall Zabern. Rückblick auf eine Verfassungskrise.
des wilhelminischen Kaiserreiches. In: Die Welt als Geschichte, XXIII. Jahrgang 1963, Heft 1, S. 27–46.
- Hildenbrand, Manfred Heinrich Hansjakob, Rebell im Priesterrock.
2. Auflage, Haslach 2001.
- Zirkel, Kirsten Vom Militaristen zum Pazifisten. General Berthold.
von Deimling – eine politische Biographie.
Essen 2008.
- Exner, Peter Die Reichskanzler der Weimarer Republik. Zwölf Lebensläufe. Karlsruhe 2012.
- Adreßbuch von Karlsruhe 1853, digital bei der Badischen Landesbibliothek.
- Meyers Konversationslexikon Band 6, 5. Auflage
Leipzig und Wien 1894, S. 707 bis 719: Artikel »Elsaß-Lothringen«.
- Wikipedia.



Anschrift des Autors:
Dr. Klaus P. Oesterle
Paul-Klee-Straße 4
76227 Karlsruhe